

B90/DIE GRÜNEN GEMEINDERATSFRAKTION BADEN-BADEN

Herrn Oberbürgermeister
Wolfgang Gerstner
Marktplatz 2

76530 Baden-Baden

Gemeinderatsfraktion Baden-Baden

Günter Seifermann
Stadt- und Ortschaftsrat
Steinbach, Mälzergasse 14
76534 Baden-Baden
Tel: +49 (7223) 52892
seifermann@rebland-gruene.de

Baden-Baden, 22. Mai 2014

**Grundwasserverunreinigungen im Bereich der Gemarkungen Sandweier und Haueneberstein
hier: Information der betroffenen Grundstückseigentümer durch die Stadt Baden-Baden und Antrag auf
unverzügliche Sondersitzung des gemeinderätlichen Bau- und Umweltausschusses**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gerstner,

bereits mit meinem Schreiben vom 14. April hatte ich bei Ihnen angefragt, ob, wann und in welcher Weise die Eigentümer der belasteten Grundstücke hierüber informiert werden und wurden, zumal diese letztlich mit Haftungsansprüchen rechnen müssten, falls der eigentliche Verursacher der Bodenbelastungen nicht konkret feststellbar ist.

Weil seit meiner Anfrage vom 14.04. keine Antwort einging, fragte ich in der Gemeinderatssitzung vom 12. Mai nach, wie der Sachstand ist und kritisierte, dass die Mitglieder des Baden-Badener Bau- und Umweltausschusses im Gegensatz zu den Rastatter Stadträten bis heute keinerlei Informationen vorliegen hätten.

Wie sich nun inzwischen bestätigt, zieht die PFT-/PFC-Belastung im Grundwasser und Boden unserer Stadtteile Sandweier und Haueneberstein inzwischen weitere Kreise: Der NABU-Kreisvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Umweltstiftung Rastatt, Wolfgang Huber, sieht im bisher bekannten nur die Spitze des Eisbergs und spricht vom „Beginn eines Umweltskandals“. Das Landratsamt Rastatt will nun das Umweltministerium einschalten. Huber: „Gleichzeitig entsteht der Eindruck, dass Baden-Baden das Grundwasser nachhaltig verseucht und dabei eine Gelassenheit an den Tag legt, als ob dies in Ordnung ist“.

Sicher haben Sie Verständnis, wenn ich hiermit im Auftrag der bündnisgrünen Gemeinderatsfraktion nachdrücklich beantrage, meine Ihnen seit dem 14. April vorliegende Anfrage schriftlich zu beantworten und die am 12. Mai in öffentlicher Sitzung geforderte Einberufung des gemeinderätlichen Bau- und Umweltausschusses zu einer Sondersitzung über dieses Thema unverzüglich vorzunehmen.

Mit freundlichem Gruß

Günter Seifermann Stadt- und Ortschaftsrat
(im Auftrag der bündnisgrünen Gemeinderatsfraktion B-Baden)



"Beginn eines Umweltskandals"

[PFC: NABU-Kreisvorsitzender legt Forderungen vor / Wurde belasteter Kompost kostenlos angeboten?](#)

Rastatt (dm) - Die PFT-/PFC-Belastung in Grundwasser und Boden zieht weitere Kreise: Der Kreisvorsitzende des Naturschutzbunds (NABU), Wolfgang Huber, sieht im bisher Bekannten nur die Spitze des Eisbergs und spricht vom "Beginn eines Umweltskandals": Schnelles Handeln und umfassende Vorsorge seien jetzt nötig, um Gefahren abzuwehren. Das Landratsamt Rastatt will in der Angelegenheit das Umweltministerium in Stuttgart einschalten.

"Das Thema ist so gewaltig, dass wir es als Landkreis nicht alleine schultern können", erklärte Pressesprecherin der Behörde, Gisela Merklinger, auf Nachfrage des BT. Noch seien wissenschaftliche Erkenntnisse rar, und Baden-Württemberg ist das inzwischen vierte Bundesland (nach Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen), in dem die brisante PFC-Problematik auftaucht.

Unterdessen legt Huber, der sich unter anderem einst um die Aufdeckung des Fahlbusch-Dioxin-Skandals verdient gemacht hat, in einem Zehn-Punkte-Programm konkrete Forderungen vor. Als Sofortmaßnahmen: Die kontaminierte Erde aller mit PFC-haltigem Kompost gedüngten Areale bis zum Grundwasser ausbaggern und zunächst vollständig in Folie gehüllt lagern. Und: Westlich von Sandweier und gegebenenfalls auch an anderen Standorten Aktivkohle-Sperren in Form von Spundwänden errichten. Huber hält es zudem für erforderlich, Boden- und Grundwasserproben in Rasterform einzuholen, um noch unbekannt Belastungen zu ermitteln.

Was die Giftigkeit von PFC angeht, spricht Huber von alarmierenden Daten - und er bekräftigt die in Rastatt vertretene Ansicht, dass die Grundwasserreinigungsanlage in Sandweier in diesem Sinne nicht ausreichend sei (was in der Kurstadt anders gesehen wird). Wie berich-

tet, wird dort Grundwasser, das durch den Einsatz von PFC-haltigem Löschschaum belastet wurde, entgiftet - allerdings nicht zu 100 Prozent. "Es ist der Eindruck entstanden", so Huber, dass Baden-Baden das Grundwasser "nachhaltig verseuche und dabei eine Gelassenheit an den Tag legt, als ob dies in Ordnung sei." Huber plädiert dafür, verschiedene Reinigungsverfahren zum Einsatz zu bringen - und mahnt an, dass neben den Wehren auch alle Firmen in der Region auf PFC-freie Löschschäume umstellen müssten (was offenbar noch nicht geschehen sei).

Weitere Schadstoffquellen wurden in Ackerböden ausgemacht. Huber spricht von Düngung mit Papierschlamm, die einer Firma "aus dem schwäbischen Landesteil" entstammten. Wie berichtet, ermittelt derzeit die Staatsanwaltschaft, die sich noch bedeckt hält. Der NABU-Vorsitzende will erfahren haben, dass Landwirten dieser Kompost kostenlos angeboten wurde - was auch die, die das Angebot angenommen hätten, zum Fall für den Staatsanwalt werden ließe. Die Ermittlungen hält Huber für "schleppend" - sie könnten gar einer Strafvereitelung gleichkommen. Er erinnert an Fahlbusch, wo letztlich die Allgemeinheit für die Sanierung aufkommen musste. Solche Sorgen wurden auch im Rastatter Gemeinderat laut.

Huber, zudem stellvertretender Vorsitzender der Umweltstiftung Rastatt, lenkt den Blick des Weiteren auf das Naturerbe. Belastetes Grundwasser sei auch Richtung Rastatter Gestadebruch unterwegs, von wo aus es ins Schutzgebiet vordringen könne. Damit drohe nicht nur eine "Todesfalle" für streng geschützte Amphibien, sondern im Falle eines Falles auch eine Strafe der EU im zweistelligen Millionenbereich - handelt es sich doch um FFH-Gebiet. Hier schlägt Huber regelmäßige Wasserproben vor. Dass die Verschmutzung auch unter einem Waldgebiet westlich von Sandweier durchlaufe, das dem NABU gehöre, verleihe der Organisation im Übrigen Klagerecht. Weiter auf Hubers Agenda: Bildung eines runden Tisches und die breitere Information der Bevölkerung.

Ergebnis einer Besprechung gestern im Landratsamt, an der auch Huber teilnahm, ist laut Pressestelle zunächst, dass sich Landrat Jürgen Bäuerle zwecks Unterstützung an das Umweltministerium wende und das Regierungspräsidium bitte, eine Expertenrunde einzurichten. Diese soll Empfehlungen zu Sofortmaßnahmen, Sanierung und Prävention erarbeiten. Dort soll auch der NABU mit am Tisch sitzen.